

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Dritsch-Bundler)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 55.

Berlin, Sonnabend, 11. Juli 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Ein Notzfrei — Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. — Frage gegen das Koalitionsrecht. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Zeit. — Literatur. — Anzeigen.

Ein Notzfrei.

Wie eine aus giftigen Sumpfe sich hervor-schlängelnde Buderpflanze sucht die gelbe Bewegung in immer weiteren Kreisen Boden zu fassen. Erst mußten die Arbeiter daran glauben, dann aber ist das schädliche Gebilde auch in die Schichten der technischen Angestellten und der Werkmeister hineingewachsen. Ueberaus bezeichnend ist der Leitartikel in Nr. 27 der „Werkmeister-Ztg.“ vom 3. Juli. Hier wird bitter Klage geführt über den Druck, der auf die Werkmeister ausgeübt wird, um sie in die gelbe Bewegung hineinzupressen, und geschildert, welche Wirkung diese Behandlung zeitigen muß. Lassen wir den Artikelschreiber selber sprechen:

„Vermehrt Arbeitstilllegung ist die Parole der Arbeitgeberverbände. Wir allerdings rufen nicht nach einem vermehrten Schutz der Arbeitstillen, da die gesetzlichen Vorschriften vollkommen ausreichen, um etwaige Uebergriffe der Arbeiter bei Ausperrungen auf das richtige Maß zurückzuführen. Wir verlangen heute etwas ganz anderes! Nämlich den Schutz der Werkmeister gegen den Terrorismus im Betriebe, der sich heute überall breit macht, der heute dem tüchtigen Werkmeister das Leben verleidet, ihm die Arbeitsfreude nimmt. Dabei handelt es sich nicht um die freien, christlichen und Girsch-Bundischen Gewerkschaften, sondern um den Terrorismus, den die Werkvereine ausüben bezw. die Personen im Betriebe, die die Schutzpatrone der Werkvereine sind. Darunter leiden am allermeisten die Werkmeister, bei denen man von vornherein eine neutrale Stellung den verschiedenen Arbeitergruppen gegenüber erwartet. Aber nicht nur die Werkmeister sind es, die darunter zu leiden haben, sondern die technischen und Bureauangestellten der Fabrikbetriebe, bei denen auch alles geschieht, um sie zu Mitgliedern der Werkvereine zu werden.“

Keinerlei Zweifel besteht heute darüber, daß die Werkvereine keine selbständigen Gebilde sind, die aus Anregungen der Arbeiter allein heraus geboren wurden. Die Werkvereine sind von den Arbeitgebern völlig abhängige Arbeitergruppen; die Mittel stammen aus den größten Teile aus dem Betriebskapital der Arbeitgeber, also nicht aus den Beiträgen der Werkvereiner. Diese spielen im Etat der Werkvereine eine außerordentlich untergeordnete Rolle.“

Es wird dann die Stellung des Werkmeisters zu den Arbeitern und ihren Organisationen besprochen und der Grundsat aufgestellt, daß der Werkmeister allen gegenüber vollkommene Neutralität zu beobachten hat. Von der Mitgliedschaft in irgend einer Organisation, auch im Werkverein, müsse abgesehen werden. Leider werde dieser Grundsat in Wirklichkeit nicht anerkannt.

Bedauerlich ist es allerdings, daß viele Werkmeister nun meinen, daß sie die Gunst des Arbeitgebers am besten erlangen, wenn sie nur möglichst tüchtige Mitglieder der Werkvereine sind, wenn sie ihrerseits auch die Arbeiter nach allen Richtungen hin anlocken — das ist der richtige und hier allein passende Ausdruck — damit sie sich dem Werkvereine als Mitglied anschließen. Für den Werkmeister darf einzig und allein die Arbeitsleistung den Ausschlag geben. Eine gute Arbeitsleistung muß er im Interesse des Arbeitgebers fordern. Von diesem Gesichtspunkte muß er die Arbeiterschaft beurteilen, nicht aber die Beurteilung davon abhängig machen, ob die Arbeiter Mitglieder des Werkvereins sind oder nicht. Ein Druck nach dieser Richtung hin ist absolut unzulässig. Der Ausdruck „Mitarbeiter“ hat heute gang und gäbe ist, zeigt deutlich, daß eine ganze Menge Werkvereinsmitglieder vorhanden sind, die nur dem Namen nach Werkvereinsmitglieder, im übrigen

aber Gewerkschafter sind, also nur dem Zwange und dem Druck folgen, wenn sie sich dem Werkverein anschließen.“

Weiter folgt eine Schilderung der mancherlei Mißstände, unter denen die Werkmeister zu leiden haben und die ihnen die Arbeitsfreude rauben. Aber alles wird in den Schatten gestellt durch die Existenz der gelben Werkvereine.

„Der Arbeiter, der mit dem Werkmeister im Werkvereine ist, nimmt sich alles mögliche heraus, ohne daß der Werkmeister imstande ist, sich gegen die allgütige Kollektalität und Intimität seines Werkvereinsgenossen zu wehren. Dazu sind in manchen Fällen die Mittel, die man braucht, um die Werkmeister zu Mitgliedern der Werkvereine zu gewinnen, nichts weniger als vornehm, durchweg unerfreulich, oft sprechen sie allen guten Sitten Hohn. Den Arbeitgebern sind sie zweifellos zum Teile unbekannt, da die Organe der Arbeitgebervereine, die die Förderung der Werkvereine sich zur Aufgabe machen, den Arbeitgebern reinen Wein nicht einschenken. Stets übt man auf den Werkmeister in der einen oder anderen Art einen Druck aus, droht ihm mit der Kündigung, mit Existenzschädigung usw. stellt ihm zuweilen auch keine Lohnaufbesserung in Aussicht, verfehlt ihn in Abteilungen, die allgem. als Strafposten gelten, kurz und gut, übt einen Druck auf seine Ueberzeugung aus, der durchaus unzulässig ist.“

Die Folge ist, daß viele Werkmeister keine überzeugungstreuen Vertreter der Arbeitgeber sind. Sie können es als Mitglieder der Werkvereine auch gar nicht sein. Leider aber fügen sich viele Werkmeister dem Zwange und schließen sich dem Werkvereine an, um allen Drangsalen aus dem Wege zu gehen. Sogar eine solche Handlungsweise aber wird in dem Artikel unbedingt Einpruch erhoben, nicht nur im Interesse der Werkmeister selbst, sondern auch im Interesse der Industrie, des ganzen Volkes.

„Der Ausdruck „Mißpreuße“, der für solche Angestellte geprägt ist, sagt zudem ohne weiteres, worum es sich handelt, wie in solchen Werkvereinen gearbeitet wird. Hört man das von den beteiligten Personen, ist es geradezu haarsträubend, welche Mittel manchmal angewendet werden, um das Mitglied der Werkmeister, auf die der Arbeitgeber angewiesen ist, zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Die von ihm hergestellten Produkte werden getadelt, überall findet man etwas auszuwickeln, das auch dann, wenn die Arbeiter, die der Werkmeister früher lieferte, absolut einwandfrei waren. Die Mitglieder der Werkvereine machen dem Werkmeister allerhand Schwierigkeiten, nur um ihn zum Beitritt zu zwingen. Oft werden gute Arbeiter in der Abteilung, die der Werkmeister angelehrt hat, auf die er sich verlassen kann, nach und nach in andere Betriebe verlegt, nur damit seine Arbeit nicht mehr einwandfrei ist, damit ihm bewiesen wird, daß er nicht mehr den gestellten Anforderungen entspricht. Es ist auch nichts Seltenes, daß dem Werkmeister mit der Kündigung gedroht wird, wenn er dem Werkvereine nicht beiträgt. Das sind Zustände, wie sie schlimmer nicht gedacht werden können.“

Manchmal scheint es ja, daß der Arbeitgeber von diesen Dingen nicht unterrichtet ist. Dann sind es aber die Direktoren oder Oberingenieure, die nun glauben, daß sie durch Eritarlung der Werkvereine, durch Sammlung einer möglichst großen Mitgliederzahl dem Arbeitgeber gegenüber dazun müssen, bzw. dem Vorstand der Aktiengesellschaft zeigen wollen, daß ihrerseits alles geschieht, um die wirtschaftlich-friedlichen Arbeitervereine, damit die wirtschaftlich-friedliche Bewegung zu stärken. In den Arbeitgeberkreisen werden aber schon heute Stimmen laut, die das Anwachsen der Werkvereine mit Sorge verfolgen. Die Werkvereine werden zum Bewußtsein ihrer Kräfte kommen wenn erst einmal Hofkonjunktur ist, der Arbeitgeber also nicht allein in den wirtschaftlich-friedlichen Vereinen zu tun hat,

sondern auch andere, in Gewerkschaften organisierte Arbeiter berücksichtigen muß.“

Wir haben unsere Lesern diese Ausführungen nicht verschweigen zu dürfen geglaubt. Sie sind überaus charakteristisch für die Agitation, die für die Gelben getrieben wird. Wenn aber schon die Werkmeister so schwer darunter zu leiden haben, welche Mittel mag man da erst den Arbeitern gegenüber anwenden! Da treten die Gelben Werkmeister, die nicht ein solches Ehrgefühl haben wie der Artikelschreiber, mit in Aktion. Woher Höllenqualen müssen da oft ertragen werden, wenn der Arbeiter seiner Organisation treu bleiben will. Und solche Vereinigungen waagt man noch als wirtschaftsfriedliche zu bezeichnen! Einen größeren Widerspruch kann man sich wohl kaum denken.

Interessant ist der Schlußatz, in dem die Rede davon ist, daß die Werkvereine auch zum Bewußtsein ihrer Kräfte kommen werden, wenn erst einmal Hofkonjunktur ist. Wir haben oft genug darauf hingewiesen, daß auf die Dauer diese Organisation nicht lebensfähig bleiben kann. Die Arbeiter, die sich dort hineinverirrt haben, werden, wenn es zu arg mit ihnen getrieben wird, das Joch abschütteln und den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen führen. Doch darauf kommt es ja an dieser Stelle nicht an. Wir wollten an diesen aus Werkmeisterkreisen selbst stammenden Darlegungen von neuem zeigen, wie die Agitation für die Gelben getrieben wird, und wie es um ihre Unabhängigkeit vom Unternehmertum bestellt ist. Das aber hat die „Werkmeisterzeitung“ mit winzigem Wert der Deutlichkeit gezeigt.

Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Weltverkehr, Welthandel, Weltmarkt, Weltwirtschaft, das sind die Schlagworte, die dem Wirtschaftsleben unserer Zeit ein charakteristisches Gepräge aufdrücken. Allerdings ist das internationale Wirtschaftsleben der Gegenwart ein Ergebnis von Vorgängen, deren Anfänge Jahrhunderte zurückliegen; aber erst im letzten Menschenalter hat es in sprunghaftem Vorwärtsschreiten eine ungeahnte Entfaltung, neue Formen und neue Ziele gewonnen. Unzählbar und äußerst kunstvoll verschlungen sind die wirtschaftlichen Fäden, die jetzt die ganze Erde überziehen. In der Weltwirtschaft vereinigen sich Millionen und Millionen Menschen zu gemeinsamer Arbeit, Millionen verschiedener Abstammung, verschiedener Glaubens, verschiedener Kultur. Es ist ein gewaltiges Schaffen, teils für einander, teils gegeneinander, anscheinend planlos, in Wirklichkeit aber sehr wohl ausgegacht und begründet auf den Erfahrungen von Jahrhunderten.

Eine solch gewaltige Entwicklung konnte selbstredend an Deutschland nicht spurlos vorüberziehen, mußte vielmehr das „Herz Europas“ in lebhaftes Wallen versetzen. Und in der Tat können wir feststellen, daß auch für Deutschland in dem Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine neue Zeit angebrochen ist. Zwischen der alten und neuen Zeit liegt der Markstein 1870/71. Zwar weiß das heutige Geschlecht, daß sich nun schon lange aller der großen Segnungen eines ausgedehnten einheitlichen Wirtschaftsgebietes, einer einheitlichen wirtschaftlichen Gesetzgebung und eines wirksamen Interessenschutzes erfreut, kaum mehr zu schätzen, wieviel in jener großen Zeit erreicht worden ist. Die Größe des Fortschritts kann man sich aber vorstellen, wenn man an die kleinen und kleinsten Verhältnisse der früheren Zeit, an die

Die Krankenversicherung der Hausgewerbe-
 erben ist bei ihrer Durchführung auf so große Schwierigkeiten gestoßen, daß nunmehr auch die Reichsregierung sich der Einsicht nicht mehr verschließen kann, daß Abhilfe geschaffen werden muß. Aus diesem Grunde ist zum 17. Juli nach dem Oberversicherungsamt Groß-Berlin eine Konferenz einberufen worden, an der außer Vertretern der Reichsregierung und der preussischen Regierung solche der Krankenkassen von Berlin, der Arbeitgeber und der Hausgewerbetreibenden teilnehmen werden. Zweck der Einberufung ist eine Beratung, wie man die vorhandenen Schwierigkeiten beseitigen kann. Wie es heißt, sollen im Anschluß daran durch Vertreter der Reichsregierung und der zuständigen Bundesregierungen in zwei Gebieten der Hausindustrie, nämlich in Lüdingen und Hagern, an Ort und Stelle Erhebungen stattfinden, die sich ebenfalls auf die Krankenversicherung beziehen.

Wir haben schon mehrfach Veranlassung gehabt, über Unklarheiten und Ungewissigkeiten im Gesetz Klage zu führen. Die von der Regierung geplanten Veranlassungen beweisen am besten, wie berechtigt diese Beschwerden waren. Allerdings glauben wir nicht, daß durch diese Besprechungen das Uebel an der Wurzel getroffen wird. Unseres Erachtens kommt man ohne eine gründliche Revision der Reichsversicherungsordnung nicht durch. Man soll nicht davor zurückschrecken, an einem Gesetzwerk deswegen Änderungen vorzunehmen, weil es noch zu jung ist. Wenn sich etwas als ungewiss erweist, so kann es nicht schnell genug beseitigt werden. Deshalb wäre der Reichstag ein gutes Werk, wenn er schon im kommenden Winter mit allem Nachdruck darauf hinwirkte, daß eine gründliche Verringerung der Bestimmungen über die Krankenversicherung herbeigeführt wird.

Die sozialdemokratische Presse und die Gewer-
 vereine. Wir haben schon in der vorigen Nummer uns mit der Kritik beschäftigt, die der „Vorwärts“ an der Statistik der Deutschen Gewerkschaften geübt hat. Nun geht durch die gesamte sozialdemokratische Presse ein Beschäftigter, der in ähnlicher Weise über unsere Organisation herzieht. Der Ausgang der „freien“ Gewerkschaften wird nur ganz zart angedeutet. Daß diese Richtung im Jahre 1913 nach eigenen Angaben 60 882 Mitglieder verloren hat, wird verweigert. Sonst könnte man ja nicht auf den Gewerkschaften so herumtauschen.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Betrachtungen der Wunde, daß die Deutschen Gewerkschaften doch „mit vollem Gepäck zu den freien Verbänden übergeben“ möchten. Das wäre so ein gelundenes Pressen für die „Genossen“. Auf die Erfüllung ihres Wunsches aber müssen sie so lange warten, wie die sogenannten freien Gewerkschaften es nicht über sich gewinnen, sich von den Fesseln der sozialdemokratischen Partei zu befreien. Arbeiter, die von der sozialistischen Weltanschauung nichts wissen wollen, können sich in den „freien“ Gewerkschaften nun einmal nicht wohl fühlen und betätigen. Recht albern ist eine Bemerkung, die in der Notiz enthalten ist. Da wird nämlich gesagt, daß die von den Gewerkschaften vertretenen Theorien das Programm der Selben geworden sei. Das geschieht natürlich nur zu dem Zwecke, die Gewerkschaften in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. In viel härterer Weise haben sich die „freien“ Gewerkschaften die Grundansichtungen der Deutschen Gewerkschaften zu eigen gemacht.

Wenn übrigens die Gewerkschaften den Selben so nahe ständen, wie kommt es dann, daß sie — um die eigenen Worte der sozialdemokratischen Zeitungen zu benutzen — „von den Unternehmern nicht viel besser als die freien Verbände behandelt werden.“ Die Deutschen Gewerkschaften müssen nun einmal unbedingt von Zeit zu Zeit von der Genossenpresse angerempelt werden. Dazu hat sich jetzt eine Gelegenheit geboten. Seide gewonnen haben dabei die betreffenden Redakteure allerdings nicht.

Arbeiterbewegung. Wenn sich auch die Zahl der streikenden Chauffeurs in Berlin verringert hat, nachdem eine weitere Anzahl von Unternehmern den Tarifvertrag anerkannt hat, so dauert der Kampf doch immer noch fort. Die Situation für die Chauffeurs hat sich aber weiter verbessert, weil es gelungen ist, eine Reihe von Arbeitswilligen aus den Betrieben wieder herauszuholen. — Auch der Streik der Holzbildhauer in Berlin nimmt seinen Fortgang. — In Cöln sind wegen Wohnplatzdifferenzen die in den Expositions- und Schwerindustriebetrieben beschäftigten Fuhrleute in den Streik getreten.

Es handelt sich um etwa 1000 Arbeiter. Die Unternehmer sind bemüht, von auswärts Arbeitswillige heranzuziehen. — Die in der Konfektionsbranche beschäftigten Schneider in Breslau haben einen neuen Tarif abgeschlossen, der ihnen neben einer Lohnerhöhung auch sonst mancherlei Verbesserungen bringt. — In Weismajer und Muskau sind sämtliche Bauarbeiter in den Ausnahmestand getreten, nachdem die Zimmerer schon längere Zeit streikten. Der Kampf dreht sich in der Hauptache um die Anerkennung der Organisation. — Im Casseler Brauereigewerbe tobt schon seit einigen Wochen ein heftiger Kampf. Seitens der Arbeiter ist der Boykott über die beteiligten Betriebe verhängt worden. Dagegen ist jetzt Klage auf Schadenersatz in Höhe von 100 000 Mark anhängig gemacht worden.

Der Streit in den Arsenalbetrieben von Woolwich (England), an dem zuletzt gegen 15 000 Arbeiter beteiligt waren, ist beendet, nachdem die Streikenden den Vorschlägen der Regierung zugestimmt haben.

Die päpstliche Gewerkschaftsengstlichkeit zieht noch immer weitere Kreise. Vor kurzem hat der Bischof von Como (Italien) einen Hirtenbrief veröffentlicht, der sich mit deutschen Verhältnissen beschäftigt und auch die christlichen Gewerkschaften in den Kreis seiner Betrachtungen zieht. Ihre Haltung gegenüber der Engstlichkeit „Singuliri quadam“ wird dabei einer scharfen Kritik unterzogen. Daß sie Stellung genommen haben gegen die „geistlichen Quertreiber“, daß sie in Dresden und Essen jede kirchliche Beaufsichtigung und das Sineinreden in die beruflichen Fragen abgelehnt haben, daß auf dem Essener Kongress erklärt worden ist, man werde der Engstlichkeit nicht gehorchen und jede kirchliche Einmischung ablehnen, alles das und noch vieles andere wird scharf getadelt.

Nur könnte es ja schließlich bedeutungslos sein, wie sich ein italienischer Bischof zu den christlichen Gewerkschaften stellt. Merkenstwert aber ist, daß der Papst selbst anlässlich dieser Kundgebung dem Bischof von Como einen Verlobungsbrief geschickt hat, in dem er sich selbst beglückwünscht zu dem schönen Hirtenbriefe. Natürlich sind diese Tadeln den christlichen Gewerkschaften und auch ihren Freunden sehr unangenehm. Die „Bayerische Staats-Ztg.“ hat dem Bischof von Como mit dürren Worten gesagt, daß ihn die deutschen Verhältnisse nichts angingen und er sich darum nicht kümmern möge. Damit aber ist die Verlobung des Bischofs vor Como durch den Papst nicht aus der Welt geschafft. Papst und Bischof stehen auf demselben Standpunkte, den letzterer in seinem Hirtenbrief mit folgenden Worten gekennzeichnet hat:

„Bei jeder Gelegenheit und zuletzt noch mit lebhafter Stimme und mit großer Freiheit hat der St. Vater allen, die noch Obren haben zu hören, nicht zu wiederholen aufgehört, daß die gemischten Vereinigungen, die Bündnisse mit Nichtkatholiken zum Zwecke der materiellen Besserstellung unter gewissen bestimmten Bedingungen gestattet sind, daß aber der Papst jene Vereinigungen von Gläubigen bezeugt, die jede menschliche Mühseligkeit, die Obren allen gegnerischen Lockungen und Drohungen verfallen und sich um jenes Banner scharen, das allen Anfeindungen zum Trotz doch das pläuzendste und glorreichste bleibt, weil es das Banner der Kirche ist.“ (Konkistoriums-Notation vom 27. Mai 1914.)

Gemeint ist natürlich das Banner der katholischen Kirche. Diese Vorgänge zeigen, daß die christlichen Gewerkschaften entweilen noch keine Ruhe bekommen. Das ist die Folge davon, wenn man in die gewerkschaftliche Bewegung Dinge hineinbringt, die nicht hineingehören.

Feinde des Genossenschaftswesens. Auf der am 16. Juni in Essen abgehaltenen Jahresversammlung des Bundes deutscher Schmiedeeinnungen wurde mit Nachdruck auf den Schaden hingewiesen, der dem Schmiedegewerbe durch die Ausübung des Aufschießlags durch Genossenschaften und Konsumvereine entsteht. Zu verlangen sei ein striktes Verbot der selbständigen Ausübung des Aufschießlags durch Genossenschaftsmitglieder. Also auch die Schmiedemeister sind schon von dem Leide durch eine überalterte Gesetzgebung genährten Irrwahn befallen, daß sie ein Privileg auf die Stundhaftigkeit ihrer Mitmenschen hätten und daß diese gleichfalls gezeugen werden müßten, auf ihr gutes Recht zu verzichten, ihre Kasse dort mit Eisen versehen zu lassen, wo es ihnen paßt.

Am Tage zuvor war in Kiel der norddeutsche Zweigbund des deutschen Fleischer-Gesellenbundes verlesend. Ein Referent behauptete, daß der Großbetrieb im Fleischergerber nicht zum Segen für das Gewerbe im allgemeinen ausschlage. Man solle deswegen dahin streben, im Fleischer-

handwerk den Kleinbetrieb zu erhalten. Der Staat müsse mithelfen durch Einführung einer Umsatzsteuer für alle Groß- resp. Konsum- oder Genossenschaftsbetriebe. Der Kleinbetrieb aber müsse unterstützt werden. Die natürliche Entwicklung ihres Gewerbes werden die Fleischermeister auch durch das Verlangen nach unvernünftigen Gesetzen nicht aufhalten, schon weil die Rücksicht auf die Volkshygiene das verbietet. Die Fleischermeister aber täten Klüger daran, statt sich gegen die Konsumvereine mißbrauchen zu lassen, danach zu trachten, daß ihnen die Fleischermeister günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren.

Auf ein ganz originelles Mittel, die Konsumvereine zu bekämpfen, ist man in Sternberg (Mecklenburg) verfallen. Dort haben Pastor und Rektor im Bunde mit mehreren Geschäftsleuten Junglings-, Jungfrauen- und „christliche“ Arbeitervereine ins Leben gerufen, um dem Konsumverein das Lebenslicht auszublauen. Die Geschäftsleute tragen zur Deckung der Unkosten der Vergütungen „ihrer“ Vereine bei und erwarten als Dank dafür natürlich, daß die Mitglieder ihre Waren von ihnen, statt aus dem Konsumverein holen. Die mecklenburgischen Konsumisten sind nun allerdings verständlich genug, um zu wissen, daß ihnen der Konsumverein ganz andere Vorteile bietet als jene zu durchsichtigen Zwecken gegründeten, und so werden auch wohl in Sternberg die Besuche, Verwirrungen in ihre Reihen zu tragen, das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreichen.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. Zur Frage der Abtretung der Waisenrente hat das Oberversicherungsamt Düsseldorf am 26. Februar dieses Jahres eine beachtenswerte Entscheidung getroffen: Den 5. Waisen des am 14. September 1912 verstorbenen Hilfsweidenstellers Gustav K. war durch Bescheid des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz zu Düsseldorf vom 10. Dezember 1912 eine reichsgerichtliche Waisenrente im Betrage von je 2,30 Mk. monatlich bewilligt worden. Die Witwe erhob für sich und ihre Kinder seit dem 1. Oktober 1912 Armenunterstützung, die ursprünglich auf 58 Mk. monatlich, seit dem 1. Mai 1913 auf 45,50 Mk. monatlich festgesetzt worden ist. Am 23. November 1912 hatte die Witwe K. sich damit einverstanden erklärt, daß der Armenverband Essen für die geleistete Unterstützung Ersatz aus der Waisenrente erhalte. Daraufhin hatte der Vorstand der Landesversicherungsanstalt die Hälfte Rente für vier Monate dem Armenverband ausgezahlt. Die Witwe hatte dann durch Schriftsatz vom 30. Dezember 1912 gegen die Ueberweisung der Rente an den Ortsarmenverband Einspruch erhoben. Das Versicherungsamt zu Essen setzte alsdann durch Entscheidung vom 10. Juli 1913 fest, daß die Abtretung der Hälfte der den Kindern K. zulebenden Rente an den Ortsarmenverband E. unzulässig und ungültig ist.

Gegen diese Entscheidung hatte der Ortsarmenverband E., von dem jedoch die Rente vom 1. Februar 1913 ab freigegeben worden ist, Berufung eingelegt.

Das Oberversicherungsamt hat die Entscheidung des Versicherungsamts als begründet erklärt und die Berufung des Ortsarmenverbandes zurückgewiesen, indem es ausführte, daß Voraussetzungen für den Ersatzanspruch einer Gemeinde oder eines Armenverbandes aus § 1531 der Reichsversicherungsordnung die Identität ist derjenigen Person, welcher eine Unterstützung gewährt ist, und derjenigen, welcher ein Anspruch auf Grund der Reichsversicherungsordnung zusteht. Als unterstützt kann im vorliegenden Falle lediglich die Mutter angesehen werden, während der Waisenrentenanspruch zweifellos allein den Kindern zusteht. Die erforderliche Identität zwiischen der vom Armenverband unterstützten Person und der rentenberechtigten Person ist hier also nicht gegeben, die Berufung infolgedessen zu verwerfen.

Trustzugehörigkeitsgeändnis der Vatschari
 G. m. b. H. Keine der in Deutschland arbeitenden Firmen des englisch-amerikanischen Tabaktrustes hat sich mit solcher Kühnheit gegen die Feststellung ihrer Trustzugehörigkeit gewehrt, als die Firma Vatschari G. m. b. H. in Baden-Baden. Mit Aufwand aller nur erdenklichen Mittel hat sie in mehreren Prozessen versucht, eine gerichtliche Beglaubigung ihrer Trustfreiheit zu erlangen, und als im Januar dieses Jahres der Versuch in Hamburg nur mit der zweimaligen gerichtlichen Erhärtung ihrer Trustzugehörigkeit endete, begann sie erst recht in ihren Reklamen auf Bahnsteigen und Straßenbahnen ihre „Trustfreiheit“ ostentativ zu behaupten. Jetzt plötzlich gibt

